

Gewissermaßen komplementär zum Bestand der LDPD, obwohl ihm architektonisch nicht zugeordnet, sind die nun kürzlich übernommenen Akten des F.D.P.-Landesverbandes Berlin sowie der Nachlaß von Karl Hubert Schwennicke. Er war vor 1948 Vorsitzender des Landesverbandes der LDP in Berlin.

Von den Benutzern her gesehen erfreut sich der Bestand eines hohen Interesses. 1991 kamen auf ihn 69 Benutzungstage, in diesem Jahre bereits 100. Es braucht nicht eigens erwähnt zu werden, daß der Bestand uneingeschränkt, also von der Gründung der Partei im Juli 1945 bis zu ihrer juristischen Auflösung im August 1990 einsehbar ist. Wir bitten lediglich um vorherige telefonische oder schriftliche Anmeldung.

(Unterbrechung von 12.30 bis 12.50 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Ich bitte um Fragen und Wortmeldungen. Frau Dr. Wilms bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Für mich war wichtig, daß in den Referaten die zentrale Rolle zunächst der KPD und dann der SED herausgestellt wurde. Ich sage das, weil in der aktuellen politischen Diskussion gelegentlich nur von bestimmten Einrichtungen wie dem MfS usw. die Rede ist und die führende Rolle der KPD/SED untergeht. Ich denke, das ist in den Referaten deutlich geworden, und das sollte von uns begrüßt werden.

Außerdem ist mir aufgefallen – und das ist sicher auch angesichts der historischen Unkenntnis, die allseits in Gesamtdeutschland herrscht, neu –, wie stark in den ersten Jahren die „Säuberungsmaßnahmen“ der KPD/SED in Verbindung mit der SMAD gewesen sind gegen die sogenannten bürgerlichen Parteien, aber auch gegen SPD-Mitglieder, die sich nicht gebeugt und die nicht mitgezogen haben. Ich glaube, daß das angesichts des Honecker-Prozesses wichtig ist zu betonen. Das soll jetzt nicht justitiabel werden, denn die Beurteilung von Ulbricht und Honecker kann sich nicht nur unter einigen unter heutigen Gesichtspunkten justiziablen und anklagbaren Punkten vollziehen. Ich denke, man muß deutlich machen, welche politische und moralische Schuld die Spitzenfunktionäre von Beginn an auf sich geladen haben. Auch insoweit waren die Referate von heute wichtig, und ich erhoffe mir eigentlich, daß das, was heute zum Teil nur angedeutet werden konnte, bei der Bearbeitung des Themenfeldes 1 noch einmal im Detail belegt wird.

Nun meine letzte Bemerkung: Ich fand die Schätze, die Herr Dr. Wilke ausgegraben hat, nämlich die Rede von Florin, geradezu „begeisternd“. Man muß aber sagen, der Mann war sehr vorausblickend, und er hat die Lage gut eingeschätzt. Ich erlaube mir die politische Bemerkung: Die Politik von Adenauer war genau richtig.

(Prof. Dr. Manfred Wilke: Die von Schumacher aber auch!)

– Auch er hatte gelegentlich Zweifel, ob das alles richtig war. Angesichts

der jetzt bekanntgewordenen Akten kann gesagt werden, daß die Altvorderen durchaus eine richtige Politik betrieben haben.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich möchte drei Fragen an die Referenten stellen, dabei aber gleichzeitig die Zeitzeugen ansprechen. Das Referat von Florin vom März 1944, das Dr. Manfred Wilke in seinem Referat angesprochen hat, ist sicher ein Fund. Mir stellt sich jedoch die Frage, ob wir aus der Folgezeit über das Referat Florins hinaus andere Materialien haben, die die Linie von Florin bestätigen. Gibt es andere Funde? Generell wird man sagen müssen, daß die KPD, die SED und auch die sowjetische Politik in der Folgezeit auch noch eine gesamtdeutsche Option besaßen. Sie war zwar vielleicht nicht so stark entwickelt, sie hätte jedoch, wenn sie zum Zuge gekommen wäre, zumindest bestimmte Modifikationen der Florinschen Strategie impliziert. Mich interessiert, ob es weitere Materialien gibt, die den Fund stützen, und wie es mit der Vereinbarkeit der Strategie mit der gesamtdeutschen Option steht.

In diesem Zusammenhang: Hat das Zitat von Florin den Hintergrund, daß die im Verhältnis zur Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern frühe Zwangsverschmelzung von KPD und SPD darauf hindeutet, daß zu diesem Zeitpunkt die sowjetische Politik die gesamtdeutsche Option aufgegeben hatte oder daß sie zumindest nur schwach entwickelt war?

Im Gesamtkontext der Untersuchungen und Überlegungen der Enquete-Kommission geht es nicht zuletzt um die Frage nach der Feststellung von Verantwortlichkeiten. Im Hinblick auf die Nachkriegsperiode stellt sich mir die Frage, wo die Entscheidungen gefallen sind: Bei der KPD, der SED, der sowjetischen Militärverwaltung oder in Moskau. Können wir bestimmte Aussagen über die Entscheidungsstrukturen dieser Zeit machen? Wie verschieben sich innerhalb dieses Vierecks die Gewichte im Laufe der Zeit? Das wäre im Hinblick auf die gesamte Fragestellung ein wesentlicher Aspekt.

Damit hängt eine andere Frage zusammen: Wenn das eine Strategie war, die von ganz wenigen Leuten verabredet worden ist, so heißt das umgekehrt, daß sehr viele Zeitgenossen sich unter den damaligen Bedingungen möglicherweise falsch verhalten mußten, weil sie die Strategie nicht kennen konnten. Die Frage nach der Einsehbarkeit der Strategie, die ich hiermit aufwerfen möchte, ist zur Beurteilung der Gesamtentwicklung der Nachkriegszeit von erheblicher Bedeutung.

Der dritte Punkt: Die Enquete-Kommission muß auch generelle Einschätzungen vornehmen. Beim Gleichschaltungsprozeß der bürgerlichen Parteien stellt sich die generelle Frage: Wie gewichtet man die Komponente Gleichschaltung von außen mit ihren verschiedenen Instrumentarien, die Komponente Selbstgleichschaltung und die Komponente Anpassung? Es wäre wichtig, von den Zeitzeugen zu hören, wie sie ihrerseits die Komponenten gewichten.